



Labour

Germany

Brandmauern gegen blaue Elefanten?

Die Betriebsratswahlen unter dem Druck der Rechten –
von Jan Rottenbach*

In: *express* 11/2025

Die Betriebsratswahlen im Frühjahr 2026 werfen ihre Schatten voraus. Längst laufen die Vorbereitungen. Wir müssen weder Listen aufstellen noch Wahlvorstände schulen, und das gibt uns die Möglichkeit, uns mit einigen größeren und kleineren Fragen rund um die Wahlen zu befassen.

Die Reihe eröffnet Jan Rottenbach. Er verknüpft die BR-Wahlen mit einem Thema, das uns regelmäßig beschäftigt: dem Autoritarismus der Lohnabhängigen. (Die gleichnamige Broschüre mit *express*-Artikeln aus den letzten zwei Jahren kann übrigens immer noch bei uns bezogen werden.) Der Vormarsch der Rechten könnte sich auch in den Ergebnissen der anstehenden BR-Wahlen niederschlagen. Und das stellt die Gewerkschaften vor Herausforderungen, ganz egal, ob Rechtsextreme nun auf den eigenen oder auf fremden Listen antreten. Worauf also sollten sich Gewerkschafter:innen in den nächsten Monaten strategisch einstellen?

Einst galten Betriebsratswahlen als routinierte Machtprobe für die DGB-Gewerkschaften. Mit dem Aufschwung der extremen Rechten und der Polykrise entwickeln sie sich aber zur Herausforderung für das Einheitsgewerkschaftsprinzip. Die AfD und die rechte Scheingewerkschaft »Zentrum« bauen in den Betrieben seit Jahren Strukturen auf. Das könnte sich bei den Wahlen in Form wachsender Stimmenanteile abbilden.

Wird es nochmal gutgehen?

Das Unbehagen und die Systemverdrossenheit sind heute ausgeprägter als bei der letzten Betriebsratswahl 2022. Millionen Menschen in den Betrieben führen Abwehrkämpfe. Ein planvolles Leben führen zu können, ist zum Luxus geworden. Überall begegnen uns Befristungen, Projektarbeiten, Werksschließungen, Arbeitslosigkeit, Lohnverzicht und Nullrunden.

Auf dem politischen Terrain zeigt der eingeleitete Herbst der Grausamkeiten unter Friedrich Merz und seinem Black-Rock-Gruselkabinett einmal mehr, in wessen Interessen der bürgerliche Staat handelt. Die angekündigten Reformpakete sollen die deutsche Wirtschaft in der längsten Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik wiederbeleben. Die Deindustrialisierung und die schwächelnde Auftragslage deutscher Konzerne sollen kompensiert werden, indem die Zwänge in der Erwerbsarbeit weiter verstärkt und die Existenzsicherung für Erwerbslose zusammengestrichen werden. Was für ein Desaster.

Gleichzeitig blühen Ressentiments gegen die Armen und Ausgegrenzten. Sie werden politisch kultiviert. Auch das Arbeitszeitgesetz ist nicht in Stein gemeißelt. Agitator:innen nutzen das Unbehagen, um ihre partikulären Kapitalinteressen zu fördern. Der französische Soziologe Grégoire Chamayou charakterisierte den *autoritären Liberalismus* mit der pointierten Formel: »Schwach gegenüber den Starken, stark gegenüber den Schwachen«. ¹ Kapitalismus und

¹ Chamayou, Grégoire (2019): Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus, Suhrkamp, Berlin 2019.

soziale Demokratie sind nicht miteinander zu vereinbaren – auch wenn einige Kompromisse erreicht wurden dank der »Drohung« des Sozialismus. Das hat sich geändert.

Die extreme Rechte im Betrieb

Unter denjenigen, die sich als Arbeiter:innen verstehen, haben bei der letzten Bundestagswahl 38 Prozent die AfD gewählt – ganze 17 Prozent mehr als bei der Bundestagswahl 2021. Nüchtern betrachtet basiert die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit schon seit einiger Zeit auf der (stillen) Unterstützung von zur AfD neigenden Kolleg:innen.

Die Lage spitzt sich zu. Vor den Betriebsratswahlen 2026 stehen die DGB-Gewerkschaften vor einem grundlegenden Dilemma: Die Kandidat:innen der DGB-Gewerkschaften werden nicht umhinkommen, ihr Mandat durch die Zustimmung von AfD-Wähler:innen zu erringen. Anders formuliert: Das Prinzip »ein Betrieb, eine Gewerkschaft« macht es erforderlich, AfD-Wähler:innen zu integrieren und gleichzeitig zu demobilisieren, um die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften zu erhalten.

In vielen Betrieben führt das zu einer politischen Pattsituation, einem subtilen Nichtangriffspakt zwischen Gewerkschaften, Betriebsräten und Arbeiterschaft. Der blaue Elefant im Raum wird lieber nicht beim Namen genannt und aus der betrieblichen Debatte gebannt. Zu groß ist die Sorge, das Band zwischen Belegschaften und Betriebsräten sowie zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften könne dünner werden.

Das kann als Erfolg rechter Intervention gewertet werden. »Gewerkschaften leisten gute Dinge, doch aus der Politik sollten sie sich lieber heraushalten« – so ein Credo, das den meisten haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschafter:innen bekannt vorkommen wird. Auf der privaten Internetseite eines Betriebsrats bei einem mittelgroßen Konzernstandort heißt es etwas präziser: Es sei völlig inakzeptabel, wenn Gewerkschaften versuchen, Druck auf Betriebsratsmitglieder auszuüben. Ein Betriebsrat sei der Belegschaft verpflichtet – nicht der Gewerkschaft. Wenn Funktionär:innen versuchen würden, Entscheidungen zu beeinflussen oder Loyalität zu erzwingen, überschritten sie eine rote Linie. Das untergrabe die Unabhängigkeit des Gremiums und widerspreche dem Grundgedanken der Mitbestimmung.

Ein Rechter reicht – die Stimmung kann umschlagen

Wenn sich ein Betriebsrat im Betrieb und bei Kolleg:innen offen zur AfD bekennt, wird die Situation brenzlig. Angesichts der politischen Pattsituation und vieler AfD-affiner Kolleg:innen ist die Frage der Stunde in vielen Betrieben: Wird es nochmal gutgehen oder wagen sich die Rechten mit eigenen Listen aus der Deckung? Werden sie die DGB-Gewerkschaften unterstützen und tolerieren oder werden sie eigene Kandidat:innen aufstellen?

Bereits ein einzelner organisierter Rechter kann ausreichen, um den Nichtangriffspakt zu beenden. Das zeigt sich hervorragend am Fall von VW in Zwickau. 2018 reichte Andre Krüger als einziger Listenkandidat eine Liste unter dem Namen »Bündnis freie Betriebsräte« (BfB) ein. Aus dem Stand hätte er mit seinem Ergebnis deutlich mehr als nur sein eigenes BR-Mandat besetzen können. Die AfD-Kommunalpolitiker Jörg Reichenbach und Lars Bochmann nutzten die Gunst der Stunde und rückten 2022 auf die Liste und in den Betriebsrat nach. Die BfB-Liste konnte 2022 nur noch zwei Mandate erringen. Doch die rechten Kandidaten fochten die Wahl an, sie musste wiederholt werden. Bei der Wiederholung konnte BfB vier, die IG Metall 33 von 37 Mandaten erreichen.

Wahlanfechtungen sind bei Rechten sehr beliebt und sollen dazu beitragen, den politischen Gegner zu diskreditieren. Im Wahlvorstand sollte das berücksichtigt werden. Das Motiv brachte der rechtsextreme US-Publizist und spätere Trump-Berater Steve Bannon mal mit den Worten »Flood the zone with shit« zur Sprache – wer genug Dreck wirft, kann davon ausgehen, dass etwas kleben bleibt. Weil Rechtsextreme hierzulande das genauso sehen, nutzen sie auch außerhalb des Betriebs jede Gelegenheit, um die Betriebsräte der IG Metall in der Öffentlichkeit anzuprangern.

Im Rückblick lässt sich für die Betriebsratswahl im Jahr 2022 zusammenfassen: Für die allermeisten Betriebe ging es nochmal gut. Sie blieben von organisierten Rechten verschont – und der Betrieb von Betriebsräten, die von Gleichstellungspolitik und diversen Belegschaften

nichts wissen wollen. Wenn man bedenkt, dass die Betriebsratswahlen 2022 dreizehn Jahre nach der Gründung des »Zentrum Automobil« stattfanden, lässt sich immerhin konstatieren: Das reaktionäre Potential in den Betrieben wurde nicht in Betriebsratsmandate umgesetzt.

Recherchen von Verantwortlichen im DGB können eine zweistellige Zahl an Mandaten für rechte Listen nachweisen. Nach eigenen Angaben hat das Zentrum Zugriff auf eine dreistellige Zahl an Betriebsräten. Diese agieren in der Regel verdeckt. Hinzu kommen teilweise bekannte rechte Funktionär:innen, vor allem AfD-Kommunalpolitiker:innen, deren Zahl sich über den gesamten Organisationsbereich des DGB nur schwer beziffern lässt. Von einer dreistelligen Zahl ist jedoch auszugehen. Es mag uns nicht schmecken: Auch wenn gute, kämpferische Gewerkschaftsarbeit die Einfallstore für rechte Agitator:innen schließt, liegt es nicht in unseren Händen, ob rechte Funktionär:innen aktiv werden. Dann heißt es dagegenhalten!

Listenwahl und Einfluss rechter Gruppen

Für die BR-Wahl 2022 ermittelte das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung auf Datenbasis von Betrieben im Bereich der IG Metall, IG BCE und IG BAU, dass in 85,9 Prozent der Betriebe im Verfahren der Personenwahl gewählt wurde. Listenwahlen fanden lediglich in 14,1 Prozent der Betriebe statt. Berücksichtigt man die Betriebsgröße, waren es in Betrieben zwischen 201 und 1.000 Beschäftigten 77,8 Prozent, in Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten nur 47,8 Prozent der Betriebe mit einer Personenwahl. Mehr als die Hälfte der Großbetriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten (52,2 Prozent) hatte also eine Listenwahl.

Es ist davon auszugehen, dass rechte Listen vor allem in größeren Betrieben eingereicht werden. In kleineren Betrieben werden Rechte, falls es keine Personenwahl gibt, wohl eher auf DGB-Listen auftauchen. Das gilt es bei der Listenaufstellung zu berücksichtigen. Für DGB-Gewerkschafter:innen sollte die Maßgabe lauten: kein rechter Funktionär auf der eigenen Liste. Selbst das dürfte schwer werden.

Im Organisationsbereich der IG Metall kandidieren konkurrierende Listen der »Christlichen Gewerkschaft Metall« (CGM) sowie der »Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger« (AuB) wie bei Siemens in Braunschweig. Beide konnten 2022 nicht einmal ein Prozent der zu vergebenden BR-Mandate erringen. Rechte Tarnkandidat:innen sind auf diesen Listen nicht auszuschließen. Bei der vorgezogenen BR-Wahl bei Opel Rüsselsheim im März dieses Jahres kandidierte der Zentrums-Vereinsvorstand Horst Schmitt auf einer CGM-Bündnisliste. Bei den vorherigen Wahlen 2022 war er gemeinsam mit zwei AfD-Kommunalpolitikern auf einer AuB-Liste angetreten.

Etablierte Listen der CGM oder AuB sind für rechte Kandidat:innen interessant, da sie mit ihnen auf vorhandene Ressourcen zugreifen können und sich Stützunterschriften für eigene Listen sparen. Schmitt gibt den anderen Kandidat:innen aber dennoch eine Strategie vor, die aggressiv gegen die IG Metall und die Betriebsräte der Gewerkschaft gerichtet ist. »Zentrum« stand 2022 nur im Automobilbereich in Baden-Württemberg und bei BMW in Leipzig auf dem Wahlzettel. Tarnlisten und -kandidat:innen wird es auch 2026 geben.

»Alternative Listen«, die sehr unterschiedliche Namen tragen, sind politisch häufig nicht einschlägig. Linke Oppositionslisten gab es in der Vergangenheit auch mal. Oft entstehen sie aus Frustration über die Betriebsratsarbeit, aus Unbehagen mit der Managementstrategie oder aus individuellen Motiven. Die Freistellung für die Betriebs- oder Personalratsarbeit ist für nicht wenige Menschen attraktiver als die Arbeit am Band oder in der Nachtschicht mit Patient:innen. Politische Motive spielen jedoch immer häufiger eine Rolle, so dass die Zahl von Listen mit rechten Kandidat:innen von 2018 bis 2022 anstieg. Nur in Teilen sind diese Listen organisatorisch an eine rechtsextreme Partei oder an die Pseudogewerkschaft Zentrum gebunden. Doch auch bei ihnen gibt es in einigen Fällen Bewegung in Richtung des »Zentrums«. Mit professionellen Kampagnen, Merchandise, Anwält:innen und Kontakten zu Parlamentarier:innen der AfD arbeitet es sich leichter, als wenn man gänzlich ungebunden ist.

Die hohe Zahl von AfD-Funktionär:innen in den Betrieben (siehe *express* 7-8/2024, S. 1) wird von Seiten der AfD nun stärker in die betriebliche Verantwortung genommen. Für Brandenburg, das ähnlich wie Thüringen nach Auftritten des Zentrum-Vorsitzenden Oliver Hilbur-

ger bei den AfD-Landtagsfraktionen zu einem Experimentierfeld für die Zusammenarbeit zwischen Partei und Pseudogewerkschaft wird, formuliert der Eisenhüttenstädter Abgeordnete Dennis Hohloch als Ziel für die AfD: »Wir wollen zu den Betriebsratswahlen antreten.« Die Brandenburger AfD-Politikerin Peggy Lindemann ist bereits in den Betriebsrat von PCK Schwedt gewählt worden und gibt dem rechten Medium AUF1 in dieser Rolle Interviews zur Krise im Industriebereich. Dass der Organisationsbereich der IG BCE frei von Mandatsträger:innen der AfD ist, darf bezweifelt werden.

Dass die AfD Betriebsarbeit ernster nimmt, zeigt nicht nur das Vorhaben einer »AG Arbeiter und Industrie«, das im zuletzt geleakten Strategiepapier der AfD-Bundespartei formuliert ist. Auch eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag zur Mitbestimmungsstruktur in Brandenburger Betrieben deutet auf eine systematische Vorbereitung der AfD-Fraktion hin.

AfD-Funktionär:innen konnten bei den vergangenen Wahlen nicht unbedingt für die Arbeit im Betrieb aktiviert werden, wie der Fall von Daniel Schütte, einem ehemaligen Betriebsratsmitglied bei Bosch-Rexroth in Homburg, zeigt. Schütte gilt als Gründungsmitglied der AfD im saarländischen Homburg. In einem Interview mit dem *Handelsblatt* gab er 2018 an, dass er »sowas wie ein Zentrum Automobil hier nie aufbauen« würde. Er lehne die politische Ausrichtung vieler Metaller:innen ab, aber um Rechtsbeistand oder Streikgeld bezahlen zu können, brauche eine Gewerkschaft möglichst viele Mitglieder. Alles andere schade nur den Beschäftigten. Dass seine Partei das Streikrecht einschränken und den Tarifvorbehalt der Gewerkschaften entziehen möchte, hatte er wohl nicht im Kopf.

Expansion – Umschlag von Quantität in Qualität?

Ein Bild kann die Lage verdeutlichen: Zentrum lässt sich derzeit als endemische Struktur beschreiben. Die wichtigeren Betriebsgruppen und Funktionär:innen sind bekannt, Ausbreitungsverläufe mit etwas Arbeit nachvollziehbar. Das ermöglicht es, in betroffenen Betrieben gegenzuhalten. Doch es wird unübersichtlicher. Zentrum hat durch außerbetriebliche Auftritte bei Querdenken-Demos, den Bauernprotesten, beim Sommerfest des ehemaligen »Instituts für Staatspolitik« in Schnellroda oder auf AfD-Veranstaltungen auf kommunaler und Landesebene Mitglieder gewonnen.

Die regionalen Aktivitäten haben sich ausgeweitet. Während Zentrum bis 2017 beinahe ausschließlich in Baden-Württemberg aktiv war, gab es zuletzt eine Vielzahl von Auftritten bei AfD-Veranstaltungen in NRW (Dortmund/Arnsberg), Brandenburg (Eisenhüttenstadt/Nauen), Thüringen (Waltershausen/Arnstadt) und Bayern (Neu-Ulm/ Flugblattaktionen bei Audi Ingolstadt). Auch in Hessen, Sachsen-Anhalt, im Saarland und in Schleswig-Holstein gab es Auftritte.

Größere Öffentlichkeit hat die Gründung des »Regionalbüros Nord West« in Hannover erlangt – unter Leitung des ehemaligen ver.di-Vertrauensmanns und AfD-Politikers Jens Keller. Keller soll die bundesweite »Fachgruppe Öffentlicher Dienst« leiten und als Regionalleiter alle anderen Branchen in Niedersachsen betreuen. Seit September 2024 versucht Zentrum, am VW-Standort in Isenbüttel eine Vertrauensleutewahl zu organisieren, scheiterte aber bisher am Betriebszugang. Vor Gericht behauptet Zentrum, immerhin acht von ca. 150 Beschäftigten seien Zentrum-Mitglieder. Das konnte der Verein aber bisher nicht hinreichend beweisen.

Baden-Württemberg zeigt, was anderen Regionen bevorstehen könnte. Nach Jahren des Aufbaus ist eine Vielzahl von Aktiven in rechten Betriebsgruppen organisiert. Bereits 2022 waren es über 200 Kandidat:innen, die sich bei Mercedes in Stuttgart-Untertürkheim auf die Liste von Zentrum schreiben ließen. Die Liste errang sieben Mandate. Die öffentlichen Auftritte in der Region sind entsprechend häufig und reichen bis zu Werbeaktionen an Bahnhöfen in der Schwäbischen Alb. Kleine Betriebe, die von den DGB-Gewerkschaften links liegen gelassen werden, stehen vor der Gefahr, von Zentrum übernommen zu werden. Es ist davon auszugehen, dass die Pseudogewerkschaft über persönliche Netzwerke Bekanntheit und Vertrauen gewinnt, sodass die Hürde sinkt, sich zu outen.

Um im Bild der endemischen Struktur zu bleiben: Ich sehe eine kritische Schwelle, ab der Ansteckungseffekte kaum zu kontrollieren und einzudämmen sind. Kolleg:innen könnten sich

in einzelnen Betrieben mit der Frage konfrontiert sehen: IG Metall oder Zentrum? Oder auch: IG BCE, ver.di oder Zentrum? Wenn viele Arbeiter:innen nach ihrer Gesinnung entschieden, wäre dies das Ende des Einheitsgewerkschaftsprinzips.

Was zu erwarten ist

Als relevante Kraft hat sich das Zentrum noch nicht etabliert. Sein ausgegebenes Ziel ist es, dies zu ändern und ein rechtes Pendant zum DGB zu bilden. Dass es möglicherweise noch um mehr als ein Pendant geht, lassen Aussagen des bayerischen AfD-Landespolitikers Franz Schmid bei einer öffentlichen Veranstaltung vermuten, auf der er gemeinsam mit Oliver Hilburger auftrat: »Der korrupte Sumpf des DGB muss endlich trockengelegt werden«. Ob sich der neofaschistische Pol innerhalb der AfD durchsetzt, bleibt ungewiss. Aber dieser Pol ist Träger des Pakts zwischen AfD und Zentrum.

Für die BR-Wahl 2026 ist mit vier Entwicklungen zu rechnen, auf die man sich einstellen sollte:

(1) Es wird eine große Zahl rechter Funktionär:innen auf DGB-Listen und bei Personenvahlen geben, besonders in kleineren Betrieben – schaut etwas genauer hin und bespricht das in Euren Gremien!

(2) Das Zentrum steht mit der Unterstützung der AfD und rechter Netzwerke an der Schwelle zur Professionalität und expandiert in andere Branchen und Regionen. Der öffentliche Dienst, die energieintensiven Industrien und der Gesundheitsbereich werden neben dem Automobil- und Automobilzuliefererbereich besonders zu beobachten sein.

(3) Je länger das Zentrum im Verborgenen Strukturen aufbauen und Mitglieder gewinnen kann, desto krasser wird die anstehende Konfrontation. Es geht um das Einheitsgewerkschaftsprinzip. Einzelne Fälle belegen, dass die Duldung von AfD-gebundenen Kolleg:innen in Gremien ein Spiel auf Zeit ist. Mandatsträger:innen haben dem DGB häufiger den Rücken gekehrt und sind zu rechten Organisationen übergelaufen – nicht selten nehmen sie betriebliche Netzwerke und gewerkschaftliches Erfahrungswissen mit.

(4) Die DGB-Gewerkschaften sind bei weitem die kraftvollsten Arbeiter:innenorganisationen. Das wird auch so bleiben. Weil die Stimmung aber jederzeit umschlagen kann, ist die Losung diesmal: Stellung halten! Eine Kampagne nach innen ist das Gebot der Stunde. In den Betrieben und Gremien müssen Kolleg:innen unterstützt und befähigt werden, die Konfrontation mit der Konkurrenz von rechts zu führen. Alerta!

** Jan Rottenbach arbeitet in der politischen Bildung für DGB-Gewerkschaften.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12

Siehe mehr Informationen im LabourNet Germany im Dossier [Betriebsratswahlen 2026 vom 1. März bis 31. Mai - werfen bereits braune Schatten voraus](#)